

Zeitschrift: Die Berner Woche
Band: 31 (1941)
Heft: 21

Rubrik: Politische Rundschau

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

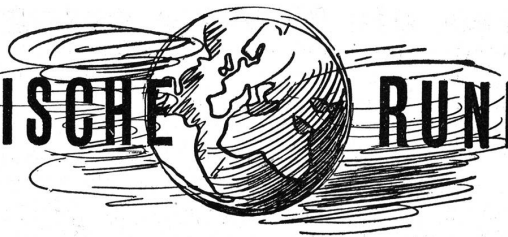
Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 14.01.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

POLITISCHE RUNDSCHAU



Vershobene Standpunkte

—an— Unter den verschiedenen Traktanden, welche der nächsten Session unserer eidgenössischen Räte vorliegen werden, sind es nicht die „rein politischen“, die das allgemeine Interesse beanspruchen sollten, etwa die Vorlage über die Volkswahl des Bundesrates, die von den Sozialisten durch ein Volksbegehren zur Behandlung gestellt wurde, oder der Antrag, die Nationalräte Dicker und Nicole als „Kommunisten“ aus dem Räte zu stoßen. Selbst wenn um solche Gegenstände am meisten Lärm entsteht, sind sie im Grunde nicht entwicklungswichtig. Auch die Beratungen über Gesetze, wie das über den unlauteren Wettbewerb oder die Anstellung der Handelsreisenden liegen nur einfach im Zuge der bisherigen Gesetzgebung und füllen Lücken in einer Ordnung aus, die wir als herkömmlich und stabilisiert betrachten.

Anderes verhält es sich mit der Vorlage über die Allgemeinverbindlich-Erklärung von Arbeitsverträgen. Die Materie ist so neu und im Grunde umstürzend, daß sie nach allerlei Hin und Her zwischen dem Bundeshaus und interessierten Kreisen, vor allem auch zwischen Bern und verschiedenen Kantonsregierungen, in einem noch unbekannten Stadium liegt und möglicherweise die Räte diesmal noch gar nicht beschäftigt. Es besteht einmal die Frage, ob durch einen dringlichen Bundesbeschluß ein Zustand eingeführt werden solle, der als später änderbares Provisorium gelten dürfte und Zeit ließe, die Vorzüge und Nachteile dieses Systemwechsels ... ein solcher liegt in der Tat vor ... praktisch zu studieren. Kommt ein solcher Beschluß nicht zustande, ziehen die Räte vor, die Möglichkeit des Referendums zuzulassen, dann ist eine Volksabstimmung nötig, und zwar wird es sich um eine Verfassungsbestimmung handeln, die sanktioniert oder verworfen würde. Die Verfassungsbestimmung würde nachher schwerer zu beseitigen sein ... im Falle der Nichtbewährung ... als ein dringlicher Bundesbeschluß. Darum wird er von jenen befürwortet, die eine „Probezeit“ für nötig halten.

Um was geht es eigentlich? Darum, daß der Bund Verträge, die zwischen Arbeitgeberverbänden und Arbeitnehmer-Organisationen abgeschlossen werden, allgemein verbindlich erklären kann. Nicht muß! Wer ein wenig nach rückwärts schaut, weiß, daß diese Form gesetzlicher Regelung von Lohnverhältnissen und andern Bestimmungen wütende Bekämpfung von rechts und von der liberalen Mitte aus erfährt. Wogegen die Linke, welche die Interessen der Gewerkschaften vertrat, als selbstverständliche Befürworterin dieser figierenden Abmachungen erschien und vor allem Lohnunterbietungen zu verhindern hoffte. Wenn wir heute die Fronten mustern, die für und gegen die neue Vorlage stehen, zeigt sich uns ein ganz verändertes Bild. Sozialistische Kreise beargwöhnen die Pläne des Bundeshauses, aus dem einfachen Grunde, weil nun der Gedanke von den korporationistischen Kreisen lanciert wird und seine erste gesetzliche Verwirklichung in welschen Kantonen gefunden hat, die von der Linken als „faszistenverdächtig“ angesehen werden. Die Rechtskreise aber, die früher nur die drohende sozialistische Knebelung der freien Arbeit sahen, die Katholiken und die welschen Bürgerlichen, von den konserva-

tiven „Liberalen“ bis zu den liberalen „Radikalen“, sind nun dafür, weil sie in der Vorlage eine Zeitnotwendigkeit zu erkennen glauben, eine Anpassung an die veränderte Welt! Die wirklich liberalen Kreise der Mitte schwanken. Die Gewerbetreibenden sind dafür. Die schweizerische Handelskammer hat abgelehnt. Es ist ein buntes Bild von Für und Wider. Bei den Gewerkschaften wird die Zustimmung abhängig gemacht von der „Freiheit“ der Organisation, der Gleichberechtigung der Vertragspartner, der gegenseitigen Anerkennung zwischen Arbeitnehmer- und Arbeitgeberorganisationen, wie dies der Bundesausschuß am letzten Sonntag in Bern formulierte. Sie wollen das demokratische Element sichern.

Ringen um Frankreich und den Orient

Zwischen Frankreich und Deutschland sind Abmachungen getroffen worden, deren Reichweite noch nicht in Erscheinung getreten ist. Dafür zeichnet sich die heftigste Auswirkung in der angelsächsischen Welt ab, einerseits in Amerika, andererseits in den britischen Regierungs- und Armeestellen.

In Amerika hat Roosevelt eine Rede gehalten, die als Mahnung an die Franzosen gewertet sein sollte. Er hat an Bétains Zusage erinnert, nichts zu unternehmen, als was ihm der Waffenstillstand auferlege. Hat Darlan, der Premier, der mit Hitler zusammenkam und mit dem deutschen Botschafter Abetz verschiedene Male konferierte, mehr versprochen, als was das besiegte Frankreich zugestand? Geht die Mitarbeit heute so weit, daß die Engländer Verdacht schöpfen dürften, es würde nicht nur wirtschaftlich, sondern auch militärisch zusammengepannt? Und hat Roosevelt, der im engsten Kontakt mit den britischen Stellen steht und handelt, seinerseits die Überzeugung gewinnen müssen, daß Gefahr im Verzug sei?

Was Amerika am meisten fürchtet, das kam in einer weiteren Rede des Staatssekretärs Hull zum Ausdruck. Die Achsenmächte könnten nach Afrika übergreifen. Nicht nur auf der bisher schmalen libyschen Basis, sondern über die französischen Kolonien hinweg nach Westafrika. „Dakar in deutscher Hand“, das ist das Schreckgespenst, mit dem die letzten Isolationisten aus ihren Vorstellungen aufgeschreckt und bekehrt werden sollen. Und Hull erklärte, daß sich die panamerikanische Konferenz schlüssig werden müsse, ob die französischen Besitzungen in Amerika, Martinique und Guyana, besetzt werden sollten. Die USA aber, die eine Bedrohung der südamerikanischen Flanke von Westafrika aus nicht dulden könnten, würden die geeigneten Maßnahmen treffen, wenn sich Frankreich auf seinem Wege bis zum Verbündeten der Achse entwickeln sollte.

Es ist nahe gegen zwölf Uhr für die USA, dieser Eindruck ergibt sich aus den verschiedenen Äußerungen des Präsidenten und seiner verantwortlichen Mitarbeiter. Die Versicherungen, daß Amerika Wege finden werde, seine Transporte nach England zu sichern, werden nun schon alltäglich. Die Maßnahmen gegen die Achsenmächte unterscheiden sich wenig mehr von Feindseligkeiten. Man verhaftet die Matrosen der deutschen und italienischen Schiffe, welche ihren gesetzlichen Urlaubsaufenthalt überschritten haben. Man

ist auf dem Punkte, über die beschlagnahmten Schiffe zu verfügen, als ob sie bereits Preisgut seien. Man fordert in den Reden das französische Volk unverhüllt auf, sich an die Ideale seiner freiheitlichen Vergangenheit zu erinnern und nicht zu vergessen, wie sehr es sich diesen Idealen entsprechend verhalten würde, lägen nur die Umstände anders.

In Frankreich selber hat man auf die amerikanischen Äußerungen sehr frostig geantwortet, USA habe vor einem Jahre, nach der Katastrophe, damals, als England seinen Verbündeten im Stiche ließ, einen dringlichen Appell Frankreichs überhört. Wenn sich das verlassene Land heute anschäue, mit seinem Besieger zusammen an der Neugestaltung Europas zu arbeiten, dann habe niemand das Recht, ihm das zu verwehren. Hinter diesen Äußerungen stehen reale Tatsachen, vor allem solche einer weitgesponnenen wirtschaftlichen Verbindung. Industrien, Versicherungsgesellschaften, staatliche Handelsorganisationen koordinieren sich zwangsläufig und werden es künftig noch mehr tun müssen, wenn die britische Blockade mit gleicher Schärfe andauert wie bisher. Sie hat sich als ein gefährliches zweischneidiges Schwert erwiesen, diese Blockade Englands. Keine politischen Ideologen können in Frankreich mit gleichem Erfolg werben wie die Vertreter einer stramm organisierten deutschen Wirtschaft mit all ihren klar bewiesenen Erfolgen auf den verschiedensten Gebieten, nicht zuletzt auf dem der Ernährung und Bekleidung. Daß das blockierte Dritte Reich mit Getreideexporten nicht nur in Frankreich, sondern sogar in Spanien eingreift, macht Eindruck. Kommt nun vielleicht das hinzu, was man von der Zusammenkunft Hitler-Darlan munkelt, daß die französischen Gefangenen entlassen würden, daß der Verkehr zwischen dem besetzten und dem unbefetzten Frankreich fast bis auf die Normallage erleichtert werden solle, ja daß die Deutschen unter Umständen Paris räumen könnten, müßte in Vichy die Bereitwilligkeit zu neuen Zugeständnissen gewaltig steigen und auch in den Volksmassen für eine Annäherung des Landes an die Achse werben. Dazu kommt das moralische Argument: Englands Prestige ist nach Deutschlands Balkanfeldzug nicht gestiegen. Die drohenden Entwicklungen im vorderen Asien drücken weiter auf den Kurs der moralischen Aktien, die England in der französischen Öffentlichkeit hatte. Der Vorstoß von Rommels an die ägyptische Westgrenze erschüttert mittelbar die Rückenposition der Vichyregierung, die nordafrikanische Kolonialmacht. Was also sollen die Franzosen tun?

USA und England verlangen: Zuwarten! Nichts unternehmen, was die Kluft zwischen Frankreich und England vertieft und den Graben gegenüber der Achse zuschüttet. Vor allem nichts, was die Gerüchte bestätigen könnte, als seien deutsche Spezialisten über Spanien hinaus weit nach dem afrikanischen Westen vorgedrungen, und eine langsame Infiltrierung und Besetzung in getarnter Form sei im Gange.

Der latente britisch-französische Konflikt hat akute Form im syrischen Mandat angenommen. Die Notlandung deutscher Flieger auf syrischen Flugplätzen, ihre Ausstattung mit französischem Benzin für den Weiterflug nach dem aufständischen Irak wurde in London als Beweis für militärische Zugeständnisse Frankreichs an die Achse angesehen. Ein ohne weitere Erklärungen einsetzender Angriff der RAF auf die Landestellen der Deutschen, besonders auf den Hafenort Palmyra, bewies die veränderte Einstellung der Engländer. Sie werden sich überlegt haben, daß derartige Angriffe Frankreich provozieren müssen. Nimmt man in Vichy die Provokation hin, dann ist die weiterdauernde Weigerung, ernstlich an die Seite der Achse zu treten, bewiesen, und London kann um einen Grad ruhiger sein. Beantwortet aber Vichy die britischen Attacken anders als nur mit Protesten, dann muß London alles fürchten, eingeschlossen eine Wendung auch in Algier und Marokko, in Tunis und an der afrikanischen Westküste. Die Bomben auf Palmyra wirken wie eine äußerst grobe Sondierung nach dem Zustande der französischen Sympathien und Antipathien. Daß

Frankreich erklärte, es wisse nicht, ob die Äußerungen Roosevelts und die Bomben der RAF als Angriffe gewertet werden müßten, und daß eine militärische Mitarbeit an der Seite der Achse strikte dementiert wurde, sprachen eher dafür, daß sich Vichy noch nicht entschieden habe.

England hat einerseits Grund, darüber froh zu sein, kann aber andererseits in seiner heutigen Lage kaum anders, als die Entscheidung in Syrien zu beschleunigen. Denn es fliegt andauernd deutscher und italienischer Ersatz für die vernichtete irakische Flugwaffe über die französische Zone. Deutscherseits schweigt man sich darüber aus, während Rom seine Beteiligung bekannt gibt. Die Russen dementieren, daß sie ihren Fliegern die Erlaubnis gegeben haben sollen, als Freiwillige bei Raschid Ali gegen die Engländer zu dienen. Dennoch wächst sich Irak zur neuen Gefahrenzone für England aus. Es genügt ein Blick auf die Karte, um zu sehen, daß mit der Festhaltung deutscher Kräfte in Mesopotamien die Türken im Rücken gefaßt werden, und daß, falls Syrien ebenfalls zur Achse überginge, die türkische Republik sozusagen umzingelt wäre. Denn im Norden, der einzigen noch freien Seite, stehen die Russen, denen man immer weniger traut, besonders wenn man vernimmt, daß an einem „Dreimächte-Pakt“ in Tokio auch der russische Botschafter teilnimmt, und daß von Moskau aus ein wachsender Druck auf Ankara ausgeübt wird, und zwar zugunsten einer türkisch-deutschen Verständigung.

Der erwartete britische Angriff auf Syrien würde also außer dem Zwecke, die deutschen Luftverbindungen mit dem Irak zu unterbinden, auch die Gewinnung einer Landverbindung mit den türkischen Verbündeten, der noch nicht umgestimmt zu sein scheint, zum Ziele haben. Es braucht nicht die Anstrengungen des deutschen Botschafters von Bapen, um den Herren in Ankara zu demonstrieren, wie der Ring der Achsenkräfte sich rasch schließt. Haben die türkischen Truppenkonzentrationen an der syrischen und irakischen Grenze den Zweck, diesen Ring zu sprengen und den Engländern entgegenzukommen, falls sie den französischen General Denz vor ein Ultimatum stellen sollten? Denz, der Kommandant, ein getreuer Gefolgsmann Vichys, hat seine Armee neu vereidigt, um den de Gaulleschen Strömungen entgegen zu treten. Seine 50.000 Mann würden den Engländern und Türken umso sicherer zu schaffen machen, wenn sie wirksame deutsche Hilfe über den Seeweg erwarten könnten. Die britischen Hoffnungen aber gehen dahin, daß sich Denz täusche und daß wenigstens ein Teil seiner Leute nur symbolisch kämpfen könnten, besonders dann, wenn Deutsche erschienen und eingriffen.

Vermutlich würde indessen ein türkischer Sprengungsversuch im Osten die deutsch-türkischen Verhandlungen zerbrechen und automatisch den Konflikt mit der Achse auslösen, das heißt: Wenn die Türken in Syrien und Irak auf britischer Seite mitmachen sollten, wäre die Entscheidung in Ankara gefallen. Deshalb erwartet niemand etwas anderes als höchstens eine isolierte britische Aktion gegen den französischen General, falls nicht einfach der bisherige heftige Luftkrieg weiterdauern wird. Der Grund eines solchen britischen Zurückhaltens läge in der Unabkömmlichkeit stärkerer Armeen; sie werden in Libyen und Abessinien gebraucht. Die Restarmee des Herzogs von Aosta bei Amba Alagi hat kapituliert, aber die Reste von Gondar und Djimma bestehen weiter. An der libyschen Grenze wurden von Rommel die Stellungen von Sollum weggenommen und wieder verloren, und das unentschiedene Ringen verlangt von den Engländern Verstärkungen, nicht Schwächungen ihrer Bestände. Der erwartete Großangriff der Achse auf Kreta aber verbietet ihnen, Luftwaffe und Flotte von diesem zweitletzten Ankerpunkt ihrer Seeherrschaft in der Levante ... der letzte außerhalb Ägyptens und Palästinas würde Cypern sein ... wegzuziehen.

Eine Kompagnie des stadtbernischen Territorialregiments auf Reisen . . .

Zensur bew.: Ter. Kr. 3 III
2706—2712 G.



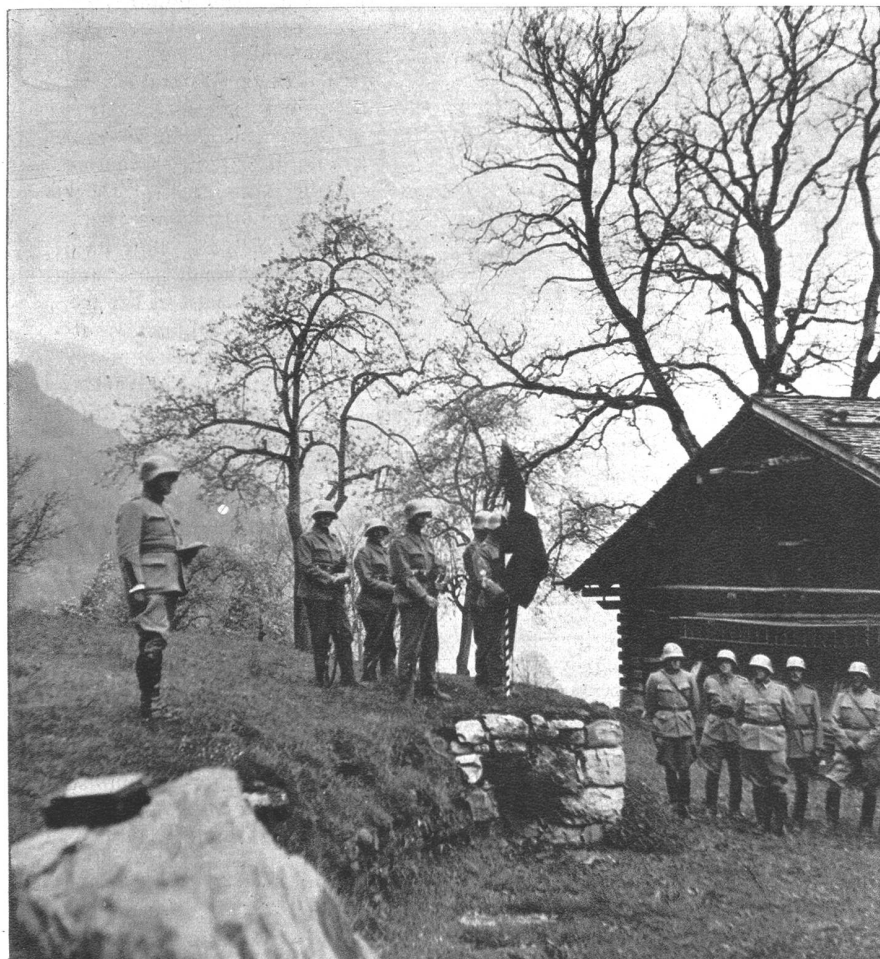
O mein Heimatland, o mein Vaterland . . .



Fröhlich auf dem Marsch.



Am Rütli.



Der Kompagniekommandant gedenkt der 650 Jahre des Rütlibundes.



Hunger ist der beste Koch.



Lässt die Freude laut erschallen . . .